

**Bundesamt für Aussenwirtschaft**

777.110 Lux - ari/wur

Bern, 21. Juni 1993

2520.25

**Notiz**

**Geht an:** Herrn Bundesrat J.-P. Delamuraz, Vorsteher des EVD  
**Herrn Bundesrat F. Cotti, Vorsteher des EDA**

---

**Kopie an:** Sekretariat des Bundespräsidenten, EVED  
 Sekretariat des Vorstehers des EDA  
 Sekretariat des Vorstehers des EVD  
 Herren Staatssekretäre F. Blankart (BAWI), J. Kellenberger (EDA) und H. Ursprung (EDI/GWF)  
 EDA: Politische Abteilung I  
 EDA: Finanz- und Wirtschaftsdienst  
 EDA: Direktion für Völkerrecht  
 EDI: Gruppe für Wissenschaft und Forschung  
 EVED: Bundesamt für Verkehr  
       Bundesamt für Zivilluftfahrt  
 Schweiz. Nationalbank  
 Schweiz. Botschaften in Athen, Bonn, Brüssel, Kopenhagen, Dublin, Den Haag, Lissabon, London, Luxemburg, Madrid, Paris, Helsinki, Oslo, Stockholm, Wien  
 Schweiz. Mission bei den EG, Brüssel  
 Schweiz. Delegation bei der EFTA und beim GATT, Genf  
 EVD: Bundesamt für Landwirtschaft  
       Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit  
 BAWI : ari, spi, gir, imb, bal, ram, zos, egg, nag, mci, nep, bah, klm, giu

**Schweiz-EG: Gespräche vom 11. Juni 1993 in Luxemburg**

Im Rahmen der Besuchsreihe in den EG-Hauptstädten zur Vorbereitung des Besuches der Bundesräte J.-P. Delamuraz und F. Cotti bei der EG-Kommission am 28. Juni 1993 habe ich dem zuständigen Direktor für Aussenwirtschaft, Nicolas Schmit (S), in Luxemburg die schweizerische Position dargelegt (vgl. Bericht der Botschaft in der Beilage).

Wie schon bei der Uebergabe der ersten Serie von Memoranden hat sich bestätigt, dass Luxemburg unseren Vorschlägen keine Gegenforderungen entgegenstellt und grundsätzlich der Schweiz wohlgesinnt ist. S weist aber gleichzeitig darauf hin, dass die Mittelmeerländer, darunter besonders Spanien, ihre Zustimmung zu Verhandlungen und zu den Verhandlungsergebnissen von besonderen, in ihren Interessen liegenden schweizerischen Konzessionen abhängig machen würden. Mindestens soweit der in seiner Tragweite nach wie vor umstrittene Artikel 113 keine Mehrheitsbeschlüsse der EG zulasse, komme die Schweiz nicht darum herum, sich mit diesen Ländern zu einigen.



Was das weitere Vorgehen der EG im Anschluss an den Beschluss der Verkehrsminister angehe, seien mit dem Auftrag an die EGK, gleichzeitig ein Mandat für Verkehrsverhandlungen und eine Evaluation der gesamten Beziehungen Schweiz/EG vorzulegen, noch keinerlei sachliche oder zeitliche Verknüpfungen vorgegeben. Für die Evaluation seien ohnehin nicht die Verkehrs- sondern die Aussenminister zuständig.

In der Frage der Bekämpfung der Steuerflucht, in der Luxemburg und die Schweiz in ähnlicher Weise anvisiert werden, erwartet S in nächster Zeit keine vertieften Diskussionen innerhalb der EG. Am letzten Rat der Finanzminister sei die Frage wohl diskutiert aber es sei keine besondere Dringlichkeit zum Ausdruck gebracht worden. Das schliesse allerdings nicht aus, dass z.B. Italien bilateral gegenüber der Schweiz Begehren stelle, und seine Zustimmung zu Verhandlungen der EG mit uns damit in Verbindung bringe.



S. Arioli

Beilage: Bericht unserer Botschaft in Luxemburg



SCHWEIZERISCHE VERTRETUNG  
REPRÉSENTATION SUISSE

in / à LUXEMBURG

EDA/EVD, Integrationsbüro

Kopien an:

- EDA, PD, Sekretariat  
Staatssekretär Kellenberger
- EVD, BAWI, Sekretariat  
Staatssekretär Blankart
- EVD, BAWI,  
Herrn Botschafter Arioli
- EFD, Eidg. Steuerverwaltung
- CH-Mission bei EG, Brüssel

Ihr Zeichen  
Votre référence

Ihre Nachricht vom  
Votre communication du

Unser Zeichen  
Notre référence

Datum  
Date

771.180 egg-cal

14.5.93

531.101(20)-BA

11.6.1993

Gegenstand / Objet Gemischter Ausschuss Schweiz/EWG  
Verhandlungsgegenstände

Im Rahmen der "tour des capitales" zur Vorbereitung des Besuchs der Bundesräte Cotti und Delamuraz in Brüssel am 28. Juni besuchte Herr Botschafter Arioli, begleitet von Herrn Giovanni Giunta, heute Luxemburg. Im Rahmen eines Mittagessens in meiner Residenz konnte er die schweizerische Integrationspolitik sowie unsere in den sechs (bereits am 18. Mai überreichten) Memoranden dargelegten Anliegen

Herrn Nicolas SCHMIT, Direktor für Aussenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit im Aussenministerium und verantwortlicher Koordinator für die Beziehungen zur EG

erläutern. Gleichzeitig übergab er die weiteren Memoranden zum Verkehrsbereich sowie zu den Ursprungsregeln. Schmit war von seinem Mitarbeiter Georges FRIDEN begleitet.

Wie nicht anders zu erwarten war, stellte Schmit klar, dass Luxemburg an der Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz mit der EG interessiert sei und ihr "sicherlich keine Schwierigkeiten" bereiten werde. Die Schweiz habe in Aussenminister Poos überdies einen sehr wohlwollenden Fürsprecher. Man könne die Schweiz nicht in der Luft hängen lassen, und deshalb sollte "Ideologisches" pragmatische Beziehungen nicht verhindern. Er frage sich allerdings, wie weit der Dienstleistungsbereich aus den künftigen Gesprächen mit der EG ausgeschlossen werden könne.

Aufgrund seiner Erfahrungen mit EG-Verhandlungen stellte Schmit auch fest, dass sich einige Mitgliedstaaten kaum scheuen werden, zu versuchen, bilaterale Probleme auf dem Weg über die EG zu lösen. Er nannte namentlich Spanien, das sich während der eigenen Beitrittsverhandlungen oft in die Ecke getrieben gefühlt habe und sich nun bei jeder sich ergebenden Gelegenheit gewissermassen "räche". Dabei

gab er auch unumwunden zu erkennen, dass die EG-interne Diskussion über Art. 113 "nicht abgeschlossen" sei. Schmit nahm deshalb befriedigt zur Kenntnis, dass die Schweiz für das Hauptproblem mit E und P, die Freizügigkeit der Personen, bilaterale Lösungen anzustreben versuche. Dies sei wichtig, um die Zustimmung dieser Länder auf andern Gebieten zu erhalten. Wörtlich: "Die sehen das sehr eng." Etwas erstaunt zeigte sich Schmit, dass Italien diesbezüglich mit keinen Begehren an die Schweiz gelangt ist. Er schliesst nicht aus, dass Italien dies noch nachholen könnte, sobald in Rom realisiert werde, welche Konzessionen die Schweiz E und P gegebenenfalls zu machen bereit sei. Ob dieser "Sonderwünsche" der Südländer brauche die Schweiz allerdings nicht aus den Augen zu verlieren, dass es EG-Mitgliedstaaten gebe, denen daran gelegen sei, mit der Schweiz (in nützlicher Frist) ein Arrangement zu erreichen. Damit wollte Schmit wohl zu verstehen geben, dass sich diese Staaten von (übertriebenen?) bilateralen Forderungen ihrer südlichen Partnerländer nicht blockieren lassen wollen bzw. werden.

Vor dem Mittagessen traf Botschafter Arioli in der Luxemburger Steuerverwaltung mit den Herren M. Schroeder (beigeordneter Direktionsrat) und G. Heintz (Direktionsinspektor) zusammen, um sich über die EG-internen Entwicklungen bezüglich Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen orientieren zu lassen. Er wird der Eidg. Steuerverwaltung über dieses Gespräch berichten.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

(F. Birrer)